

Die Anfänge der Zeitgeschichtsforschung in Tübingen.

Zum Gedenken an Gerhard Schulz,
den Gründungsdirektor des Seminars für Zeitgeschichte.

Vortrag im Rahmen des *dies universitatis* am 21. Oktober 2004

„Sehr verehrter Herr Kollege, ich danke Ihnen, daß Sie unserer Bitte, die Zeitgeschichte im kommenden Semester bei uns zu vertreten, nachgekommen sind.“ Mit diesem Satz in einem Brief des Dekans der Philosophischen Fakultät, des Germanisten Wolfgang Mohr, an den Dozenten im Institut für politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, Gerhard Schulz, vom 14. April 1961 stehen wir am Anfang der Gründungsgeschichte des Tübinger Seminars für Zeitgeschichte.¹

Um 1960 war in Öffentlichkeit und Politik der Bundesrepublik die Einsicht gewachsen, daß ein verstärkter Bedarf an akademischer zeitgeschichtlicher Forschung bestand – ein Bedarf, dem die universitäre Geschichtswissenschaft damals ebenso wenig gerecht werden konnte wie die Politologie an den vier oder fünf Universitäten, wo es dieses Fach bereits gab. Auch das Institut für Zeitgeschichte in München konnte, allein auf sich gestellt, hier keine Abhilfe schaffen. Die große Diskrepanz in den fünfziger Jahren zwischen dem ritualisierten Reden über die „unbewältigte Vergangenheit“ einerseits und dem „kommunikativen Beschweigen“ der individuellen und kollektiven Verstrickung andererseits wurde in der Atmosphäre des Wiederaufbaus nicht überbrückt.² Zum Wiederaufbau gehörte statt dessen die historisch-politische Kernfrage nach der Lebensfähigkeit der Demokratie in Deutschland. Würde sich die Demokratie als politische Ordnung halten und in der Gesellschaft verankert werden können oder würde sich womöglich Weimar wiederholen? Das Buch von Fritz René Allemann aus dem Jahr 1956, „Bonn ist nicht Weimar“, beschäftigte sich mit diesem Problem, ebenso auch Karl Dietrich Brachers Studie vom Jahr zuvor über „Die Auflösung der Weimarer Republik“.³ Der Nationalsozialismus – die „Hitler-Zeit“, wie es personalisierend hieß – blieb im Schatten, auch wenn einschlägige Bücher sehr schnell weite Verbreitung gefunden hatten: das Tagebuch der Anne Frank etwa, das 1955 als Fischer Taschenbuch publiziert wurde und binnen zwei Jahren, bis zum Herbst 1957, eine halbe Million mal verkauft worden war. Oder Walther Hofers berühmtes Buch „Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 bis 1945“, das 1957 erschien und bis zu jenem April

1961, als Dekan Mohr seinen Brief an Gerhard Schulz schrieb, eine Verbreitung von 310.000 Exemplaren erreicht hatte.

Um 1960 kehrte die Erinnerung an den NS-Staat und den Krieg in einem ersten Schub ins kollektive Bewußtsein zurück. Der Ulmer Einsatzgruppen-Prozeß hatte 1958 stattgefunden, 1959 erregten antisemitische Schmierereien an der Kölner Synagoge die Öffentlichkeit national wie international, 1960 wurde Adolf Eichmann in Buenos Aires aufgespürt und gefangengenommen. Der Prozeß fand in Israel von April bis Dezember 1961 statt. Vor allem der Skandal um die Kölner Synagoge, der Skandal inmitten der noch im „kommunikativen Beschweigen“ verharrenden Wiederaufbaugesellschaft, führte seit 1959/60 zu verstärkten Forderungen in der deutschen Öffentlichkeit, daß mehr Wissen und Aufklärung über Entstehung und Verlauf der NS-Herrschaft voneinander seien, zumal schon seit einigen Jahren im Zuge der Wiederaufrüstung die Landser-Literatur einen Boom erlebte und eine Menge von Offiziers-Memoiren den Zweiten Weltkrieg zu erklären begann. Die Forderung nach dem Ausbau der Zeitgeschichte richtete sich im Kern darauf, die politische Bildung auf dem Feld der NS-Geschichte auszuweiten, um die Demokratie in der Bundesrepublik zu stärken. Das dafür nötige Personal mußten aber die Universitäten hervorbringen, und dort mangelte es an Ausbildungsmöglichkeiten.

Die Grundlegung der Zeitgeschichtsforschung in Tübingen fußt auf diesem Fundament der Zeitstimmung in der Bundesrepublik seit dem Ende der 1950er Jahre. Die Wurzeln aber reichen tiefer. Zwei Wurzelstränge scheinen der Erörterung besonders wert zu sein.

Erstens: Wie entstand das Fach an der Eberhard Karls-Universität und welches wissenschaftliche Profil sollte es nach den Vorstellungen von Gerhard Schulz erhalten? Zweitens: Woher kam der Zeithistoriker Schulz des Jahres 1961/62 und welche Bedeutung hatten seine wissenschaftliche Herkunft und einzelne biographische Einflüsse für die Profilierung der Zeitgeschichte in Tübingen?

I.

Die hiesige Zeitgeschichte ist nicht denkbar ohne die führenden Ordinarien der Neueren Geschichte und Politikwissenschaft, Hans Rothfels und Theodor Eschenburg. Beide vertraten ein präzis gegenwartsnahes Verständnis von Historie, auch wenn Rothfels bestenfalls über den Widerstand schrieb und sich ansonsten auf die Epoche der Reichsgründung konzentrierte.⁴ Aber er war mit Theodor Eschenburg zusammen der Herausgeber der „Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte“ und hatte in der ersten Nummer der

Zeitschrift (1952) das Feld der Zeitgeschichte autoritativ festgelegt – als die „Epoche der Mitlebenden“, konkret die Zeit von 1917 bis 1945.⁵ Rothfels war 1945 aus der Emigration zurückgekehrt. Er konnte als Deutscher aus einer jüdischen Familie und als nationalkonservativer Historiker für sich in Anspruch nehmen, moralisch unanfechtbar zu sein. Eschenburg konnte das in ähnlicher Weise. Er kam von der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, wo er während der 1920er Jahre in engem Kontakt mit Theodor Heuss gestanden hatte. Er war einer der nicht allzu zahlreichen liberalen Demokraten der Weimarer Zeit und hatte sich im NS-Staat unkompromittiert gehalten. In Tübingen baute er seit den frühen fünfziger Jahren das Fach „Politische Wissenschaft“ auf, und zwar in dem ihm eigenen Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aus der deutschen Überlieferung des 19. Jahrhunderts. Eschenburg und Rothfels wurzelten beide in der politischen und kulturellen Tradition des Deutschen Reichs vor 1914, auch wenn der eine ein Liberaler und der andere ein Konservativer war. Für beide galt es am Ende der fünfziger Jahre als ausgemacht, daß die universitäre Ausbildung in der gegenwartsnahen Geschichte verstärkt werden mußte, bis hin zur Begründung eines neuen Fachs, eben der „Zeitgeschichte“.⁶

Rothfels hatte 1959/60 mit Waldemar Besson einen Nachwuchshistoriker habilitiert, der im politikwissenschaftlichen Institut von Eschenburg Lehrveranstaltungen zur Zeitgeschichte durchführte, weil Eschenburg als Rektor der Eberhard Karls-Universität nicht kontinuierlich lehren konnte und weil er die Zeitgeschichte gern als Teilfach der Politologie etablieren wollte. Als Besson zum Sommersemester 1961 einem Ruf auf eine Professur für Politikwissenschaft nach Erlangen folgte, trat die Situation ein, daß in Tübingen keine akademische Lehre mehr zu Themen der Zeitgeschichte angeboten wurde. Dekan Wolfgang Mohr schrieb an das Akademische Rektoramt am 19. April 1961, daß angesichts der Unterbesetzung der Zeitgeschichte jemand gefunden werden müsse, „der im Rahmen eines Lehrauftrags für einige Tage in der Woche bei uns einspringen könnte“.⁷ Da das Fach an den meisten Universitäten eben erst ausgebaut werde und im Südwesten niemand zu finden war, sei die Fakultät mit zwei Dozenten der Freien Universität Berlin in Verbindung getreten, Dr. Gerhard A. Ritter und Dr. Gerhard Schulz, Wiss. Rat und Abteilungsleiter am dortigen Institut für politische Wissenschaft. Ritter mußte absagen, Schulz war bereit, im Sommersemester einen Lehrauftrag für Zeitgeschichte zu übernehmen. Das Akademische Rektoramt billigte die Vertretung durch Gerhard Schulz mit der Begründung: „Bei der Bedeutung dieses Faches für die Ausbildung der künftigen Lehrer müsse die ordnungsgemäße Vertretung in Vorlesungen und Übungen gewährleistet sein.“ Und weiter hieß es: „Angesichts der besonderen Lage des Fachs ‚Zeitgeschichte‘ an den Universitäten wird die Notwendigkeit, einen Fachvertreter aus

Berlin zu beauftragen, ohne Einschränkung anerkannt.⁸ Schulz bot Lehrveranstaltungen zur Geschichte der Weimarer Republik an. Die Vertretung wurde für das Wintersemester 1961/62 fortgesetzt, und im Januar 1962 erteilte das Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg Herrn Schulz einen Ruf auf das „Extraordinariat für Zeitgeschichte“. Im März 1962 begann ein intensiver Aushandlungsprozeß zwischen Gerhard Schulz einerseits und der Universität Tübingen in Gestalt des Rektorats, der Philosophischen Fakultät und des Historischen Seminars andererseits über das, was „Zeitgeschichte“ sein sollte oder könnte.

Mustern wir den Sachverhalt bis zu diesem Punkt:

- Das Bedürfnis nach verstärkter Lehrerausbildung über die Geschichte der von Rothfels so genannten „Epoche der Mitlebenden“ war seit dem Ende der 50er Jahre allseits anerkannt. Es ging um den Ausbau der akademischen Lehre zum Nutzen der künftigen Gymnasiallehrer und für die staatsbürgerliche Bildung.
- Das nach 1945 neu eingerichtete Universitätsfach Politikwissenschaft existierte bis dahin an nur wenigen Universitäten: in Tübingen eben, in Freiburg (Bergsträsser), in Marburg (Abendroth), an der Freien Universität Berlin (Stammer, Fraenkel, F. L. Neumann) und, seit 1959/60, in Bonn (Bracher). Die universitäre Ausbildung zu Fragen der gegenwartsnahen Geschichte erfolgte bis dahin im Umfeld der Politologie. Dieses Fach etablierte sich in den fünfziger Jahren an den Universitäten als kritische Demokratiewissenschaft und verfügte in den Anfangsjahren durchweg über Professuren oder Abteilungen für die „historischen Grundlagen“ der Politik. Hier wurde die Zeitgeschichte als akademische Disziplin vorgeformt.
- Der Bedarf an Lehrkräften – historisch geschult, gegenwartsnah arbeitend in Lehre und Forschung – stieg um 1960 stark an. Die Nachfrage wurde durch das Angebot an jungen Wissenschaftlern nur knapp gedeckt. Was aber waren diese Wissenschaftler – waren sie Historiker oder Politologen? Ihre Lehrer oder Institutschefs kamen oftmals aus einer fachlichen Tradition, die bis 1933 „Staatswissenschaften“ genannt wurde und mit Rechtswissenschaft, Rechtsgeschichte, Verwaltungsgeschichte eng verkoppelt war. Die Verbindung zur etablierten deutschen Geschichtswissenschaft war folglich nicht groß.

Die Frage also, die Gerhard Schulz in seinen Berufungsverhandlungen aufwarf, die Frage „Was ist Zeitgeschichte?“, betraf ein Kernproblem des politisch-kulturellen Selbstverständnisses der historisch orientierten Geisteswissenschaften an den Universitäten der jungen Bundesrepublik. Und sie betraf ein Kernproblem der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, die sich auf das Postulat „objektiver“ Geschichtserkenntnis zurückgezogen hatte und auf diese Weise einen dicken Trennungsstrich

zog zwischen „der Geschichte“ als Gegenstand historischer Forschung und dem Fachhistoriker als Staatsbürger, als *citoyen* in seiner jeweiligen Gegenwart. Die Neuzeithistorie befaßte sich an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren überwiegend mit der politischen Geschichte des preußischen Kleindeutschland bis 1914. Die „Epoche der Mitlebenden“ mied sie zumeist.⁹

Was war nun „Zeitgeschichte“ im Verständnis des 38jährigen Neuzeithistorikers Gerhard Schulz im Jahr 1962? Die Schriftsätze aus seinen Berufungsverhandlungen sind umfangreich. Sie dokumentieren das ernste Bemühen um klare Bestimmung einer neuen Teildisziplin innerhalb der Geschichtswissenschaft.

Schulz betonte zunächst, daß es „einen bisher nicht existenten Lehrstuhl zu besetzen“ gelte. Daran hing das Problem der räumlichen Unterbringung – bei den Politologen, bei den Historikern, oder völlig unabhängig von beiden? Dann sprach er direkt an, daß das Kultusministerium „bisher stets nur von einem Lehrstuhl für Zeitgeschichte“ gesprochen habe und „die Bezeichnung ‚für neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte‘ nicht vorgekommen ist“. Ihm erscheine aber „diese Benennung inhaltvoller, sprachlich glücklicher, letztlich stilvoller als der Ausdruck ‚Zeitgeschichte‘.“ Sein Hauptanliegen aber bestand darin, wie sich „denn wohl das Gastverhältnis oder auch das dauernde Verhältnis des neuen Lehrstuhls innerhalb des Historischen Seminars gestalten“ könne? Er sehe dafür drei Möglichkeiten:

- 1) Es entsteht ein besonderes zeitgeschichtliches Seminar bzw. ein gesonderter zeitgeschichtlicher Lehrstuhl.
- 2) Es wird innerhalb des Historischen Seminars eine eigene Abteilung „Zeitgeschichte“ bzw. „neueste Geschichte“ errichtet nach dem Vorbild der schon bestehenden Abteilungen.
- 3) Der Lehrstuhl für neueste Geschichte gehe ganz und gar in der neueren Abteilung auf.

Schulz plädierte vorerst noch nicht für die eine oder andere Lösung, sondern legte klar, was grundlegend für seine wissenschaftliche Arbeit sei, nämlich Forschung zu betreiben innerhalb des „Gesamtbereichs der Zeitgeschichte“ durch die „Entwicklung und Anwendung moderner historisch-kritischer Methoden in einer Weise, die sowohl den Besonderheiten der Quellenlage als auch den wahrlich komplizierten, vielschichtigen Anforderungen an dieses Fach angemessen ist.“¹⁰

Der Dekan antwortete mit einer klaren Alternative. Die Fakultät habe sich bisher nicht festgelegt, ob die Zeitgeschichte als „Neueste Geschichte“ in das bestehende Historische Seminar eingegliedert werden solle, oder ob sie mehr der Wissenschaftlichen Politik und Soziologie zuzuordnen sei. Im letzteren Fall würde sie „mit historischer Fragestellung an das

Material“ herangehen, „das die beiden Nachbardisziplinen systematisch“ behandeln. „Das hätte zur Folge, daß das Fach der Zeitgeschichte sich etwas abseits von dem großen Strom der allgemeinen Geschichte ansiedelte. Trotzdem wird es zweifellos gelingen, eine Gruppe besonders interessierter Studenten an die speziellen Aufgaben des Faches heranzuführen. Als Prüfungsfach würde in diesem Falle die Zeitgeschichte wohl mit der Wissenschaftlichen Politik zusammengehen.“ Schulz habe durchaus die Wahl, schrieb der Dekan weiter, ein voll arbeitsfähiges zeitgeschichtliches Seminar einzurichten, und er habe den Eindruck gewonnen, daß Schulz selbst dazu neige, „die Zeitgeschichte als abgetrenntes Fach mit eigenem Seminar zu begründen.“ Die Kollegen der historischen und politischen Disziplinen seien mit jeder der beiden genannten Lösungen einverstanden, und die Benennung des Fachs als „neue Geschichte unter bes. Berücksichtigung der Zeitgeschichte“ sei ebenfalls akzeptiert.¹¹ Schulz mußte sich also entscheiden. Die Universität, insbesondere die Fakultät, spielten ihm die Verantwortung dafür zu, was aus der „Zeitgeschichte“ in Tübingen werden sollte. Die Historikerkollegen hielten sich bedeckt. Aus den Akten ist nicht zu entnehmen, ob sie die Ergänzung der Geschichtswissenschaften um die zeithistorische Dimension wollten oder nicht. Nur eines lehnten sie ab. Sie wollten innerhalb des Historischen Seminars keine eigenständige Abteilung für „neueste Geschichte“ oder „Zeitgeschichte“ haben, sondern dann nur die völlige Einordnung des Lehrstuhls in die Abteilung für mittlere und neuere Geschichte.

Schulz machte es sich mit seiner Entscheidung nicht leicht, aber er hatte in der Zwischenzeit gleichwohl Klarheit über seine Position gewonnen. „Die Zeitgeschichte kann und sollte nicht isoliert von dem Gesamtfach Geschichte aufgebaut und betrieben werden“, teilte er dem Dekan mit. Seine Begründung bedarf des ausführlicheren Zitats:

„Die mehrsemestrige Ausbildung und Schulung in historischer Methodik kann ein Fach Zeitgeschichte niemals ersetzen, selbst dann nicht, wenn man seine Zuständigkeit in sehr großzügiger Weise umgrenzen wollte, ebensowenig das Vertrautwerden mit historischen Sichtweisen und das Kennenlernen historischer Zusammenhänge. All dies setzt ein intensives historisches Studium voraus. Die Zeitgeschichte muß hierauf aufbauen können; sie kann es niemals ersetzen. Es wäre m. E. vermassen, sie zu einem gesonderten Fach erheben zu wollen; hier liegen die Dinge für die Zeitgeschichte ganz anders, weit ungünstiger, als es von der politischen Wissenschaft oder etwa der Soziologie zu sagen wäre. Ich persönlich würde es begrüßen, wenn sich sehr viele Studenten der neueren Geschichte entschließen könnten, auch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, mit Methoden und Ergebnissen der modernen Soziologie und mit Problemen der politischen Wissenschaft

vertraut zu werden, wie ich es andererseits nur wünschenswert fände, daß möglichst viele Soziologen und politische Wissenschaftler [sic!] ihr Studium nicht nur auf diese Fächer abstellten, sondern ein fruchtbare und dauerhaftes Verhältnis zur Geschichte gewännen.“ Der Nährboden der Zeitgeschichte liege für ihn, Schulz, ohne jeden Zweifel innerhalb des Gesamtfachs Geschichte, und die Zeitgeschichte sollte „in erster Linie immer von Leuten betrieben werden, die mit der Geschichte vertraut sind.“ Die Zeitgeschichte sei Geschichte, „sie gehört in die Geschichte und darf diesen Zusammenhang bei aller wünschbaren Aufgeschlossenheit gegenüber verwandten Disziplinen auch nicht verlieren.“ Ihm persönlich, fuhr er fort, sei „übrigens auch gar keine andere Wahl möglich; denn ich bin nun einmal, unbeschadet meiner Spezialisierung auf Forschungsaufgaben während der letzten Jahre und unbeschadet der besonderen Bindungen, die sich für manches wissenschaftliche Interesse unter dem Meridian von Berlin beinahe schon von selbst ergeben, von Haus aus Historiker.“¹²

Soweit Schulz' Erklärung, wo er im Spannungsfeld der gegenwartsnahen Disziplinen den Ort der Zeitgeschichte sah. Ich übergehe hier die weiteren Verhandlungen und Überlegungen zu den Modalitäten des neuen Lehrstuhls im Fach Geschichte. Es tauchten Fragen der Zuständigkeit bei Doktorprüfungen auf, bis die Entscheidung gefallen war, daß die „vom Lehrstuhlinhaber für neue Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte betreuten Dissertationen im Promotionsfach mittlere und neuere Geschichte vorgebracht“ werden.¹³ Am 25. Juli 1962 schließlich stellte die Philosophische Fakultät beim Akademischen Rektoramt den „Antrag auf Errichtung eines Seminars für Zeitgeschichte an der Universität Tübingen“. Die Zeitgeschichte, hieß es darin, solle „zum Historischen Seminar in ein ähnliches Verhältnis“ treten, „wie es bereits für das Institut für geschichtliche Landeskunde und historische Hilfswissenschaften sowie für das Institut für osteuropäische Geschichte und Landeskunde seit langem besteht.“

II.

Woher kam der Zeithistoriker Gerhard Schulz des Jahres 1961/62? Er hatte von seiner „Spezialisierung auf Forschungsaufgaben während der letzten Jahre“ gesprochen und von den Bedingungen „unter dem Meridian von Berlin“. Das bedarf der genaueren Betrachtung. Schulz hatte in Leipzig studiert und dort am Ende der vierziger Jahre die beginnende Vereinnahmung der Universität durch die SED erlebt. Er ging nach Berlin an die Freie Universität. Seine Lebensprägung erfuhr er im Spannungsfeld des Geschichtsstudiums aus der Tradition der reichsdeutschen Geisteswissenschaften (Johannes Kühn und der Germanist Hermann-August Korff in Leipzig, Friedrich Meinecke, Hans Herzfeld in Berlin), sodann aus

den Anfängen der marxistisch-leninistischen Umformung (Walter Markow in Leipzig) und schließlich aus den Einflüssen der kritischen Zeitgeschichtsforschung unter dem Signum von „Politischer Wissenschaft“ (Ernst Fraenkel, Franz L. Neumann, Hans Rosenberg wiederum in Berlin).

In Berlin war 1950 das Institut für politische Wissenschaft gegründet worden, an dem Gerhard Schulz nach der Promotion tätig wurde. Es bestand neben der Deutschen Hochschule für Politik – jener Institution der zwanziger Jahre, an der Eschenburg in der Zwischenkriegszeit als Dozent arbeitete, die nach dem Krieg wiedererstand und später als Otto-Suhr-Institut in die Freie Universität eingegliedert wurde. Das Institut für politische Wissenschaft darf mit der Deutschen Hochschule für Politik nicht verwechselt werden. Es wurde mit ideeller und finanzieller Förderung aus den USA neu aufgebaut. Gleiches galt für die Freie Universität, die 1948 im Zuge der Berliner Blockade und im Gegenzug zur Vereinnahmung der Humboldt-Universität durch SED und Sowjetische Militäradministration gegründet wurde. Beide, die FU mit dem Otto-Suhr-Institut sowie das Institut für politische Wissenschaft (das 1958 als „Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung“ in die Universität integriert wurde), waren während der fünfziger und frühen sechziger Jahre Institutionen, von denen wirkungsvolle Impulse zur ideellen Westwendung, zur „Westernisierung“ innerhalb der Bildungsschicht und der Funktionseliten in der Bundesrepublik, ausgehen sollten. Beide Institutionen wurden über lange Jahre großzügig aus den USA unterstützt, die Gelder der *Ford Foundation* gehörten zum Fundament der FU. An der FU und am Institut für politische Wissenschaft sammelten sich zahlreiche Intellektuelle, die 1933 hatten emigrieren müssen – Franz L. Neumann, Ernst Fraenkel, Hans Rosenberg, später auch Richard Löwenthal, um nur diese wenigen zu nennen –, und es sammelten sich dort namhafte Akademiker, die im Dritten Reich verfolgt worden waren und untertauchen mußten oder auch nationalkonservative Vernunftrepublikaner wie Friedrich Meinecke, die in Distanz zum Nationalsozialismus geblieben waren.¹⁴

Die Universität und das Institut für politische Wissenschaft waren Institutionen, die sich gegen das Wiedererstehen eines gewissermaßen schwarz-weiß-roten Wertekodex in der Bildungsschicht stellten. Der Antifaschismus war für sie ebenso selbstverständlich wie der Antikommunismus. Die Berliner Gesellschaftswissenschaften entwickelten sich entlang der Totalitarismustheorie. Ihr Engagement galt der Festigung, Wiederbelebung oder Neubegründung von liberaler, sozial-liberaler, Demokratie als dem maßgeblichen Ordnungsprinzip für Staat und Gesellschaft in Deutschland. Die Erzfeindschaft zu den totalitären Systemen, die auch Schulz nachdrücklich repräsentierte, und das entschiedene

Engagement für die liberale Demokratie als politische und soziale Ordnungsform gehörten fest zusammen. Ernst Fraenkels klassisches Werk hatte nicht zufällig den Titel „Deutschland und die westlichen Demokratien“, Karl Dietrich Bracher und Gerhard Schulz schrieben über die Krise der Weimarer Demokratie und trugen zur Verankerung der Totalitarismustheorie im westdeutschen akademischen Milieu der fünfziger und sechziger Jahre bei.¹⁵

Ich erwähne Fraenkel hier eigens, weil er der Gutachter im Habilitationsverfahren von Gerhard Schulz war. Der Betreuer war Hans Herzfeld, Neuhistoriker am Friedrich-Meinecke-Institut der FU. Sie alle arbeiteten in den fünfziger Jahren an einem besonders wichtigen Anliegen, an der kritischen Analyse der Weimarer Republik und ihrer soziopolitischen Ordnung.¹⁶ Karl Dietrich Bracher, promovierter Althistoriker aus Tübingen und als Leiter der Historischen Abteilung im Institut für politische Wissenschaft zugleich Senior der Arbeitsgruppe mit Gerhard Schulz und Wolfgang Sauer, wurde dort in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zu einem Zeithistoriker von typisch Berliner Provenienz, und er behielt diese Prägung auch nach seiner Berufung auf den politikwissenschaftlichen Lehrstuhl in Bonn (1959) bei.¹⁷

Gerhard Schulz leitete seit Brachers Weggang nach Bonn 1959/60 die Historische Abteilung des Instituts für politische Wissenschaft. Schulz' Thema war die Staatsreform in der Weimarer Republik. Verkürzt gesagt, bestand sein Forschungsinteresse darin, das Anliegen des linksliberalen Staatsrechtslehrers Hugo Preuß historisch-kritisch zu analysieren, welches dieser seit dem Ersten Weltkrieg verfolgte und auch in seinen Entwurf für die Weimarer Reichsverfassung aufgenommen hatte. Es ging Preuß um die Frage, ob der deutsche Staat und die deutsche Gesellschaft eine liberale Chance dadurch würden erhalten können, daß man in Deutschland den Staatsföderalismus beseitigte. Anders gesagt: Würde Deutschland eine liberale Chance erhalten, wenn man Preußen auflöste, die Dominanz der preußischen Sozialverfassung innerhalb der Gesellschaft des Deutschen Reichs beseitigte und die Herausbildung eines liberalen Unitarismus förderte?¹⁸

Schulz rückte die Frage nach den Möglichkeiten der Demokratie in der politischen und sozialen Lage Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg ins Zentrum seines Interesses. Dieses Interesse hat ihn zeit seines Lebens nicht mehr losgelassen. Es hat ihn später zu immer intensiveren Forschungen über die Ära Brüning veranlaßt, gleichzeitig aber, sehr früh schon, zu tiefsschürfenden, bis heute gültig gebliebenen Forschungen über die materiellen Bedingungen und die Zukunftsfähigkeit der – von Hans Rosenberg so genannten – „Rittergutsbesitzerklasse“ in der Krise der Weimarer Republik angetrieben. Schulz billigte dieser Schicht keinerlei Zukunftsfähigkeit zu und fällte damit zugleich ein Urteil über die

Politik des Kabinetts Brüning. Seine Thesen über den preußischen Landadel und Gutbesitz sind erst unlängst in einer Dissertation mit kulturgeschichtlichem Ansatz eindrucksvoll bestätigt worden.¹⁹

Hans Rosenberg übte starken Einfluß auf Gerhard Schulz aus. Emigrant und Remigrant, der dennoch nicht vollständig nach Deutschland zurückfinden konnte, war Rosenberg einer der ganz wenigen älteren Historiker, die Schulz beeindruckten.²⁰ Rosenberg stand in engem Kontakt zu Ernst Fraenkel, Franz L. Neumann, später auch Richard Löwenthal und den anderen Leitfiguren der politisch-ideellen Westorientierung an der FU. Er teilte mit ihnen *eine* maßgebliche Grundannahme, und zwar die entscheidende *historische* Grundannahme dieser eher gesellschaftspraktisch, reformerisch und tagespolitisch orientierten Kollegen. Sie besagte, daß der nicht-liberale Zuschnitt der politischen Kultur und der gesellschaftlichen Wertorientierungen in der deutschen Gesellschaft spätestens seit 1862, seit Bismarck, jene Entwicklung in Gang gebracht habe, die Deutschland vom Kaiserreich bis zur NS-Machtübernahme verfolgte. Rosenberg, Fraenkel, Neumann und manche anderen brandmarkten die schwarz-weiß-rote Einfärbung der deutschen Gesellschaft, die ja auch nach 1949 noch weiterlebte. Nur von einer diesbezüglich kritischen Grundannahme her, meinten sie, könne man sich der Analyse des Nationalsozialismus zuwenden. Gegen den unbewältigten Wilhelminismus mit seiner rabiaten Gegnerschaft zur liberalen gesellschaftlichen und politischen Ordnung richteten sich die Politologen, Gesellschaftswissenschaftler und Historiker am Institut für politische Wissenschaft in Berlin.²¹ Schulz war ein genuines Produkt dieses Umfelds. Aber er wäre nicht Gerhard Schulz gewesen, wenn er sich davon wiederum nicht distanziert hätte.

Seine inhaltliche Grundlegung der Zeitgeschichte in Tübingen ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Schulz hatte wenig Sinn für das tagespolitische Interesse und aktuelle politische Engagement, das für Politologen wie Fraenkel oder Eschenburg und ihre Kollegen an den anderen Universitäten charakteristisch wurde. Schulz war ein Schreibtischgelehrter und er war Historiker. Es ging ihm um die Vergangenheit, um die gegenwartswirksame nahe Vergangenheit. Er wandte sich ihr zu mit einer insistierenden, immer kritischen, immer skeptischen Genauigkeit der Analyse. Schulz hat die Geschichte der Weimarer Republik seziert wie kein zweiter. Der Nationalsozialismus interessierte ihn vornehmlich unter dem Gesichtspunkt, wie er in der Weimarer Republik entstehen und sich ausbreiten konnte. Sein Hauptaugenmerk auf die NS-Zeit galt dem Widerstand, dem er auch aus familiären Gründen politisch und emotional eng verbunden war. Sein Interesse richtete sich auch hier mehr auf

das liberale Potential der zivilen Widerständler als den konservativen Impuls im Umfeld des 20. Juli, der für Hans Rothfels besonderes Gewicht besaß.

Indem Gerhard Schulz sich an Hans Rosenberg orientierte und in scharfer Distanz zur tradierten schwarz-weiß-roten Grundierung der nationalen Neuzeithistorie stand, konnte er sich nach seinem Wechsel nach Tübingen auch nicht mit Rothfels anfreunden. Die Repräsentanten der nationaldeutschen Historikertradition blieben ihm fremd, ganz gleich, ob sie Gegner, Opfer oder Mitläufer des Nationalsozialismus gewesen waren. Schulz trieb die Frage nach Möglichkeit oder Unmöglichkeit liberaler Modernisierung in Deutschland um. Als solcher kam er nach Tübingen. Er war weder ein typischer Politologe noch ein Historiker aus dem traditionalistischen Mittelfeld der deutschen Geschichtswissenschaft. Ebenso wenig war er ein bloßer Parteidünger des spezifischen Intellektuellenmilieus im amerikanisch beeinflußten und von den Remigranten mitgestalteten West-Berlin der fünfziger Jahre. Schulz gewann sein Profil als ein Historiker liberaldemokratischen Zuschnitts, dem die angloamerikanische Geschichtswissenschaft näher stand als die nationaldeutsche, obwohl er sich ganz überwiegend nur mit der deutschen Geschichte beschäftigte. Es ist gewiß kein Zufall, daß er in späteren Jahren seinen Schüler Jürgen Heideking dazu ermuntert hat, sich mit der US-amerikanischen Geschichte zu beschäftigen, und zwar mit der *Verfassungsgeschichte* der USA, und daß er sich beharrlich und mit Erfolg dafür eingesetzt hat, in der Tübinger Geschichtswissenschaftlichen Fakultät eine Professur für Nordamerikanische Geschichte einzurichten.²² Das war konsequent. Es hing mit der Lebensfrage nach Entstehungsbedingungen und Entwicklungschancen liberaler Demokratie in Deutschland zusammen. Es kann deshalb nicht verwundern, daß Gerhard Schulz in seinen letzten Jahren mit wachsendem Befremden nach Amerika sah und die Entwicklung der Bundesrepublik skeptisch beurteilte.²³

Die Zeitgeschichte in Tübingen als wissenschaftliches Fach und das Seminar für Zeitgeschichte als Institut spiegeln seit der Entstehung die Besonderheiten ihrer Gründungsgeschichte wider: Ein historisches Teilstück, aber kein Bestandteil des Historischen Seminars. Kein Appendix der Politologie oder Soziologie, aber doch aufgeschlossen für die Geschichte politischer Systeme und für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Die Grundlegung der Zeitgeschichte in Tübingen war das Werk eines eigenwilligen Intellektuellen in einer besonderen historischen Konstellation. Gerhard Schulz hat es zuwege gebracht, dieses Teilstück in der universitären Geschichtswissenschaft zu verankern. Was heute selbstverständlich klingt, war damals eine Pionierleistung. Es hat bis in die 1980er Jahre gedauert, ehe die Zeitgeschichte zu einem selbstverständlichen und dann immer stärker

expandieren Teilstück der Geschichtswissenschaft wurde.²⁴ Die Tübinger Anfänge liegen zwanzig Jahre früher. Erst aus der Rückschau wird sichtbar, welche fachpolitische Bedeutung dieser Aufbauleistung zukommt.

¹ Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Wolfgang Mohr, an das Akademische Rektoramt, 19. 4. 1961, betr. „Vertretung des Extraordinariats für Zeitgeschichte im Sommer-Semester 1961“. Die im folgenden zitierten Schriftsätze aus dem Berufungsverfahren entstammen dem Universitätsarchiv Tübingen und der Personalakte Schulz im Dekanat der Fakultät für Philosophie und Geschichte.

² Anselm Doering-Manteuffel, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, Darmstadt 1988, S. 206-222, S. 210; Hermann Lübbe, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579-599, S.594.

³ Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln/Berlin 1956; Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955.

⁴ Johannes Hürter, Hans Woller (Hrsg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005; Jan Eckel, Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005.

⁵ Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 1-13, S. 2.

⁶ Hürter/Woller (Hrsg.), Hans Rothfels; Eckel, Hans Rothfels (wie Anm. 4); Theodor Eschenburg, Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933 – 1999, Berlin 2002; Rudolf Hrbek, Institut für Politikwissenschaft (Hrsg.), Theodor Eschenburg (1904 – 1999). Tübinger Perspektiven. Katalog zur Ausstellung anlässlich seines 100. Geburtstages, Tübingen 2004.

⁷ wie Anm. 1.

⁸ Universität Tübingen, Akademisches Rektoramt, 20. April 1961, betr. „Wahrnehmung der Vorlesungen für den ao. Lehrstuhl für Zeitgeschichte im Sommer 1961“.

⁹ Ernst Schulin (Hrsg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945 – 1965), München 1989; Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989; ders., Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker und Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.

¹⁰ Gerhard Schulz an Dekan Wolfgang Mohr, 7. März 1962.

¹¹ Dekan an Schulz, 10. März 1962.

¹² Schulz an Dekan, 14. März 1962.

¹³ Aktenvermerk über die Besprechung im Dekanat der Philosophischen Fakultät, 4. Juli 1962.

¹⁴ Hermann-Josef Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945 – 1952, Opladen 1993; Bernhard Plé, Wissenschaft und säkulare Mission. „Amerikanische Sozialwissenschaft“ im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1990; Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 139-158; Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

¹⁵ Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart u. a. 1964; ders., Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie, zus.gest u. hrsg. von Falk Esche u. Frank Grube, Hamburg 1973. Zum weiteren Kontext siehe Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.— Gerhard Schulz, Der Begriff Totalitarismus und der Nationalsozialismus (1961), in: Bruno Seidel, Siegfried Jenkner (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1974, S. 428-465; Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Wolfgang Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960.

¹⁶ Hans Herzfeld, Die Weimarer Republik, Frankfurt a. M./Berlin 1956; ders., Demokratie und Selbstverwaltung in der Weimarer Epoche, Stuttgart 1957; ders., Hitlers Machtergreifung in der Sicht deutscher und ausländischer Historiker. Eine Rückschau nach 30 Jahren, Bonn 1963; Ernst Fraenkel, Die repräsentative und die plebisitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, Tübingen 1958; ders., Kurt Sontheimer, Zur Theorie der pluralistischen Demokratie, Bonn 1964; Gerhard Schulz, Die „große Krise“ in der Zeitgeschichte, in: Neue Politische Literatur 4 (1959), Sp. 805-824.

¹⁷ Bracher/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung (wie Anm.15). Die Zitation in dieser Reihenfolge der Namen hat sich infolge des Alphabets eingebürgert. Gerhard Schulz schrieb den zweiten Teil

über „Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates“, Wolfgang Sauer verfaßte den dritten Teil über „Die Mobilmachung der Gewalt“. Das Werk trug Programmcharakter und erschien als Band 14 der „Schriften des Instituts für politische Wissenschaft“.

¹⁸ Günther Gillessen, Hugo Preuß. Studien zur Ideen- und Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik (1955), Berlin 2000; Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919 – 1930, Berlin 1963, ²1987.

¹⁹ Gerhard Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Zur Vorgeschichte der „Osthilfe“ der Regierung Brüning, in: Ferdinand A. Hermens, Theodor Schieder (Hrsg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Berlin 1967, S. 141-204; Stephan Malinowski, Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003.

²⁰ Vgl. Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, Berlin 1970, mit dem Aufsatz von Gerhard Schulz, Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft; Hans-Ulrich Wehler, Vorwort, in: Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974, S. 9-21.

²¹ Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen, S. 80-84; Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive, S. 139-198 (wie Anm. 14).

²² Jürgen Heideking u. a. (Hrsg.), Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz, Berlin 1989; Jürgen Heideking, Die Verfassung vor dem Richterstuhl. Vorgeschichte und Ratifizierung der amerikanischen Verfassung 1787 – 1791, Berlin 1988.

²³ Gerhard Schulz, Europa und der Globus. Städte, Staaten und Imperien seit dem Altertum, München 2001; ders., Geschichte im Zeitalter der Globalisierung, Berlin 2004.

²⁴ Anselm Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte seit 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), S. 1-29.